

1. Mai 2014

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

„Hessen wählt den Schulfrieden“ plakatierten die GRÜNEN im Landtagswahlkampf. „Schulfrieden erreichen“ lautet eine zentrale Überschrift im Koalitionsvertrag.

Ruhe an der Bildungsfront wünscht sich die neue schwarz-grüne Koalition. Dafür will sie angeblich sogar dialogisch vorgehen und nichts von oben aufpfropfen. Wir wollen sehen, wie glaubhaft das ist.

Grafik 1

Dazu sollen wir aus Sicht der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft – kurz GEW – untersuchen, was der Koalitionsvertrag zu den bildungspolitischen Streitpunkten der letzten Jahre sagt.

Die Grafik zeigt unseren Eindruck nach den ersten 100 Tagen: Die Regierung lässt das Trümmerfeld von Baustellen einfach ruhen, in der Hoffnung, dass sich die Gemüter beruhigen.

Wir glauben nicht, dass das gelingt

1. Stichwort: G8/G9

Einer der Hauptstreitpunkte der letzten Jahre war die Schulzeitverkürzung am Gymnasium von 9 auf 8 Jahre. Knapp 90 Prozent aller Eltern haben die Verkürzung abgelehnt.

Im Koalitionsvertrag heißt es nun: „Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 garantieren – Elternwillen ernst nehmen“

Deswegen sollen auch die Klassen 5 bis 7 zu G9 zurückkehren können. Allerdings müssen alle – ich betone alle – Eltern in geheimer Abstimmung entsprechend abstimmen.

Mit mehr als 50 Prozent der Stimmen gilt in unserer Demokratie eine Abstimmung als sicher gewonnen, bereits 67 Prozent reichen zur Änderung der Verfassung - aber auch mehr als 90 Prozent reichen nach Auffassung von Schwarz-Grün nicht, um zu G9 zurückzukehren. Eine einzige Stimme kann alles kippen. Welch tiefer Einblick in deren Demokratieverständnis!

Mal ehrlich liebe Kolleginnen und Kollegen: so lassen wir uns nicht verarschen! Soll so etwas zum Schul- oder Bildungsfrieden führen?

2. Stichwort: Inklusion

Mit der Umsetzung der Inklusion – einem durch UN-Konvention abgesicherten Recht von Menschen mit Behinderung – waren intensive Auseinandersetzungen verbunden.

Derzeit findet Inklusion in normalen Regelklassen mit bis zu 30 Schülerinnen und Schülern statt. In wenigen Stunden schaut eine Lehrkraft einer Förderschule vorbei und gibt Tipps. Die Lehrkräfte an den Grund-, Haupt- und Realschulen sind alleingelassen. Förderung ist unter diesen Bedingungen nicht möglich. Aus diesen Gründen haben bereits Schulen im MKK in der Gesamtkonferenz beschlossen, keine Kinder mit Förderbedarf mehr aufzunehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wolkige Sprüche von „Modellregionen“ im Koalitionsvertrag von CDU und GRÜNEN reichen nicht aus, Inklusion erfolgreich umzusetzen. Wir brauchen dafür kleinere Klassen und verlässliche Doppelbesetzungen und multiprofessionellen Teams.

Ohne das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist Schul- und Bildungsfrieden nicht zu erreichen.

3. Stichwort: Kinderförderungsgesetz

Kaum waren die Pläne für ein Kinderförderungsgesetz bekannt geworden, war auch die hässliche Abkürzung in aller Munde: „KiföG – so nicht!“, stand auf Luftballons, Aufklebern und unzähligen Transparenten. Plötzlich fanden sich in zahlreichen hessischen Städten Tausende zu Demonstrationen gegen diese Pläne zusammen. Nach den hessenweiten Protesten hatte die Landesregierung in Wiesbaden ihr Kinderförderungsgesetz zwar an einigen Stellen geändert. Viele Kritikpunkte blieben dennoch bestehen.

Die Mehrheit der Fachleute an den Kindertagesstätten lehnt das Gesetz weiterhin ab, weil insbesondere der Betreuungsschlüssel verschlechtert worden ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ehrlich gesagt hat es uns nicht überrascht, dass die offiziellen Bekenntnisse zur Dialogbereitschaft und Stärkung der Demokratie nicht so weit gehen, dem Mehrheitswillen zu folgen und das KiföG zurück zu ziehen.

Man erkennt daran, was vom propagierten Stil der neuen Landesregierung zu halten ist: Vernebelungstaktik, in der Hoffnung, dass wir blöd genug sind, sie schwarz-grün abzukaufen. So ist Friede im Bildungsbereich nicht zu erreichen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Maikundgebung steht unter dem Motto „Gute Arbeit. Soziales Europa.“

Deswegen wollen wir im Folgenden Einiges zu dem sagen, was der Koalitionsvertrag zu unseren Arbeitsbedingungen und unserer Bezahlung beinhaltet.

Auch das ist unserer Meinung nach ganz und gar nicht unwichtig für den von schwarz-grün angestrebten Schul- und Bildungsfrieden.

4. Stichwort: Gehalt

Grafik 2

Keine Angst, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden nicht mit der Sammelbüchse herumlaufen. Aber das, was wir über die Gehälter der Lehrkräfte sagen, betrifft euch alle genauso.

Die Grafik zeigt in der roten Linie die inflationsbereinigte Entwicklung des Nationaleinkommens von 1984 bis 2013. Die blaue Linie zeigt die auch wieder inflationsbereinigte Entwicklung unseres Gehaltes. Solche Linien kann man für fast alle Berufe aber auch für Rentnerinnen und Rentner erstellen. Sie zeigen alle ein ähnliches Bild: Während das Nationaleinkommen sich fast verdoppelt hat, sind die Gehälter und Löhne inflationsbereinigt oft sogar gesunken. Andere nehmen sich von unseren Anteilen des „Kuchens“ der hier Nationaleinkommen heißt. Wir werden real ärmer, während einige wenige umso reicher werden.

Ganz krass empfinden wir nun das, was die schwarz-grüne Landesregierung in ihrem Koalitionsvertrag plant: Die Beamtinnen und Beamte sollen den Landeshaushalt sanieren. Bis zum Ende der Legislaturperiode sollen wir gar keine oder maximal 0,8 Prozent Gehaltssteigerung kriegen und damit deutlich unter der Inflationsrate bleiben.

Grafik 3

Das ist eine weitere drastische Gehaltskürzung nach der Operation „Düstere Zukunft“ von Ministerpräsident Koch, der nach Hessen nun Bilfinger zugrunde richtet. Schwarz-grün will jetzt eine zweite Operation „Düstere Zukunft“ durchziehen mit der Folge, dass wir real etwa 10 Prozent unseres Gehaltes verlieren sollen.

Von Dialog plötzlich keine Rede. Die Gehaltskürzung soll einfach verordnet werden. Der angestrebte Schul- und Bildungsfrieden wird so mit Sicherheit nicht zu erreichen sein. Mittlerweile hegen sogar

schon Gerichte Zweifel an der Rechtmäßigkeit eines solchen Vorgehens von Landesregierungen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir fordern die Rückkehr in die Tarifgeninschaft der Länder und die Übertragung der Tarifergebnisse auch auf die Beamtinnen und Beamten.

5. Stichwort: Arbeitszeit

Ein weiterer Streitpunkt mit der Landesregierung war in den letzten Jahren die Lehrerarbeitszeit. Wir kennen die landläufigen Vorurteile, liebe Kolleginnen und Kollegen. Lehrerinnen und Lehrer haben schließlich einen gut bezahlten Halbtagsjob – oder?

Grafik 4

Wir haben einmal die Entwicklung der Arbeitszeiten langfristig verfolgt.

Rote Linie: Entwicklung der Lehrerarbeitszeit von 1914 bis 2013, festgemacht an der Pflichtstundenzahl der Grundschullehrkräfte. Damals 28, jetzt 29 Pflichtstunden obwohl die außerunterrichtlichen Tätigkeiten immer mehr werden – Förderpläne, Vergleichsarbeiten, Inklusion, und so weiter.

Blaue Linie: Entwicklung der Arbeitszeit im öffentlichen Dienst. damals 60 Stunden, jetzt 40 Stunden pro Woche.

Die Verkürzung der Lehrerarbeitszeit ist mehr als überfällig.

Doch auch hier plant die Landesregierung, die Landesfinanzen auf unserm Rücken zu sanieren. Eine kosmetische Korrektur der Arbeitszeit soll vielleicht 2017 erfolgen, steht aber unter Finanzierungsvorbehalt. Der Spitzenplatz Hessens bei der Arbeitszeit der Lehrkräfte – den wir seit Koch innehaben - wird dadurch keinesfalls gefährdet werden.

Nur als Hohn können wir es deswegen empfinden, wenn im Koalitionsvertrag versprochen wird, ein besonderes Augenmerk auf die gesundheitliche Prävention der Landesbeschäftigten zu legen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, so ist Schulfriede nicht zu erreichen!

6. Stichwort: Befristete Verträge

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zahl der befristeten Arbeitsverträge hat sich in den vergangenen 20 Jahren in Deutschland mehr als verdreifacht. Diese Entwicklung ist auch an der Schule nicht vorbei gegangen. Über 6 000 befristete Verträge gab es 2013 an den Hessischen Schulen.

Seit Jahren kämpfen wir um Entfristungen. Der Koalitionsvertrag sagt dazu nichts. Statt Dialog wird versucht, das Problem unter den Teppich zu kehren.

Wer soll das bezahlen?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, immer wird dann festgestellt, wir würden ja gerne, aber es ist kein Geld da. Wer das glaubt, ist mit dem Klammerbeutel gepudert!

Grafik 5

Nicht umsonst gilt Deutschland als „Eldorado für Geldwäscher“. Im Index des internationalen Netzwerks Steuergerechtigkeit steht es auf Platz 8 der größten Steueroasen weltweit. Die Grafik aus Daten der OECD zeigt, wie stark die Vermögenden in Deutschland geschont werden. Je länger die Balken, desto mehr Vermögens- und Erbschafts- und Schenkungssteuern werden erhoben. Der kurze Balken für Deutschland – weit unterhalb des OECD-Durchschnitts zeigt, dass hier viel zu holen wäre. Statt zu verhindern, dass die Schere zwischen arm und reich immer stärker auseinanderklafft und

statt die Vermögenden auch zum Unterhalt der Infrastruktur und zur Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben heranzuziehen, macht sich der Staat arm und jammert dann, es sei kein Geld da. Derartige Heuchelei ist widerlich, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Lasst uns zusammenstehen und verhindern, dass unser Anteil am Kuchen „Nationaleinkommen“ immer kleiner wird und dass immer weniger des Nationaleinkommens in Bildung, Sozialleistungen und die Infrastruktur fließen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lasst uns gemeinsam eintreten für das, was mit dem diesjährigen Motto des 1. Mai, „Gute Arbeit. Soziales Europa.“, gemeint ist. Lasst uns laut werden und die Politik zum Umdenken zwingen. Wir wünschen uns gemeinsam dafür viel Erfolg!

Wir danken euch für eure Aufmerksamkeit.